



Auswirkungen des Brexit

Sonderauswertung der Ergebnisse der Unternehmensumfrage
Going International vom Februar 2022

 **GemeinsamWeltweit**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Die wesentlichen Ergebnisse:

1. Der Austritt des Vereinigten Königreichs (UK) aus dem Binnenmarkt wirkte sich 2021 negativ auf die deutsch-britischen Geschäfte aus. UK rutscht von Platz 7 auf Platz 10 der deutschen Handelspartner. Die Handelsvereinfachungen des Handels- und Kooperationsabkommens können die wirtschaftliche Integrationstiefe des Binnenmarktes nicht ersetzen. Hinzu kommen die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die eine weitere Belastung für das britische Auslandsgeschäft deutscher Unternehmen darstellen.
2. 43 Prozent der Unternehmen beurteilen ihre Geschäftssituation im Vereinigten Königreich zu Jahresbeginn als schlecht; 33 Prozent erwarten 2022 eine weitere Verschlechterung.¹
3. Zwei Drittel der Unternehmen haben oder erwarten zusätzliche Zollbürokratie. Daneben sind Logistikprobleme, rechtliche Unsicherheiten und eine Zunahme von tarifären Handelshemmnissen die häufigsten Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus dem europäischen Binnenmarkt für die Unternehmen.
4. Jedes siebte Unternehmen (14 Prozent) plant Investitionsverlagerungen vom Vereinigten Königreich in andere Staaten - vornehmlich nach Deutschland und in andere Länder der EU.

Folgen des Brexits für deutsche Unternehmen

Auswirkungen des Handels- und Kooperationsabkommens

Seit dem 1. Januar 2021 ist das Vereinigte Königreich (UK) nicht mehr Teil des Binnenmarkts der Europäischen Union (EU). Die Handelsbeziehungen werden stattdessen im Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem UK (EU-UK Trade and Cooperation Agreement, TCA) geregelt. Das TCA umfasst zwangsläufig deutlich weniger Handelsvereinfachungen als der Binnenmarkt vorsieht.

Deutsch-britischer Handel weiter rückläufig

Das Vereinigte Königreich ist aktuell nur noch Deutschlands zehntwichtigster Handelspartner mit einem Handelsvolumen von 97,4 Milliarden Euro und verliert im vierten Jahr in Folge Plätze in der Rangfolge. 2017 war das Land noch auf Rang 5 der größten Handelspartner.

Seit dem Brexit-Referendum im Jahr 2016 sind die deutschen Exporte ins Vereinigte Königreich merklich gesunken - von 89,0 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 65,4 Milliarden Euro im Jahr 2021. In diesem Zeitraum ist das Vereinigte Königreich von Rang 3 auf Rang 8 der wichtigsten Exportmärkte Deutschlands gefallen. Etwa 600.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Export nach Großbritannien ab.

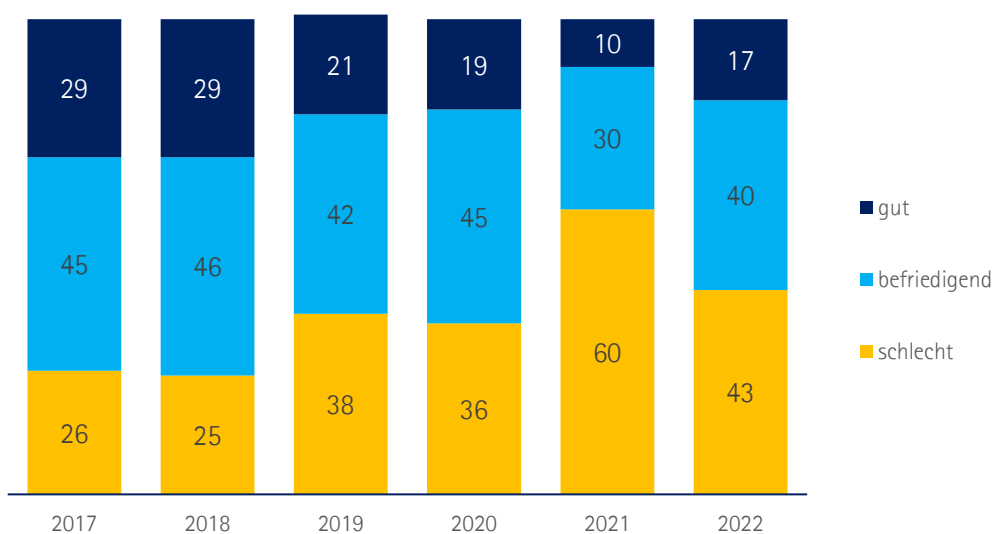
¹ Die Erhebung fand in der ersten Februarhälfte statt. Die Perspektiven der Unternehmen beinhalten daher nicht die Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine.

Einschätzung der Unternehmen

Ein Jahr nachdem das Vereinigte Königreich aus dem EU-Binnenmarkt ausgetreten ist, bewerten die deutschen Unternehmen ihre britischen Geschäftsbeziehungen überwiegend negativ. 43 Prozent der Unternehmen bewerten ihre Geschäfte mit dem Vereinigten Königreich als schlecht. Lediglich 17 Prozent bezeichnen ihre Geschäftssituation als gut. Zwar hat sich die Bewertung der aktuellen Geschäfte damit im Vergleich zur Vorumfrage verbessert. Sie bleibt jedoch schlechter, als es noch in den Jahren vor dem Austritt aus dem EU-Binnenmarkt der Fall war. Der Saldo aus „gut“- minus „schlecht“-Bewertungen bleibt mit minus 26 Punkten deutlich im negativen Bereich.

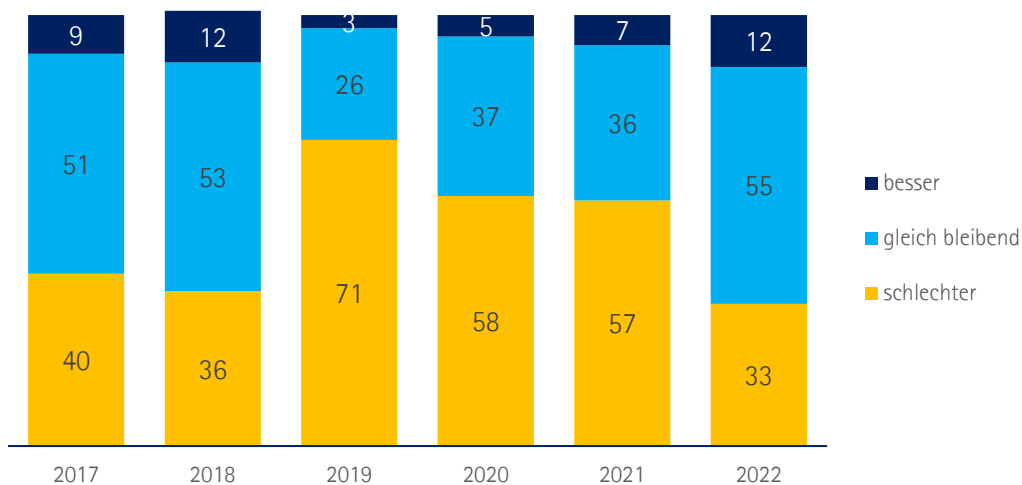
Geschäftslage im Vereinigten Königreich

in Prozent



Geschäftsperspektive im Vereinigten Königreich in den kommenden zwölf Monaten

in Prozent



Die Geschäftsbeziehungen zu EU-Ländern haben sich indes im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert. So bewerten 44 Prozent der deutschen Unternehmen aktuelle Geschäfte mit EU-Ländern ohne Eurowährung als gut und 11 Prozent als schlecht. Mit den Ländern der Eurozone schätzen 53 Prozent der Betriebe die Geschäftsbeziehungen positiv und lediglich 9 Prozent negativ ein.

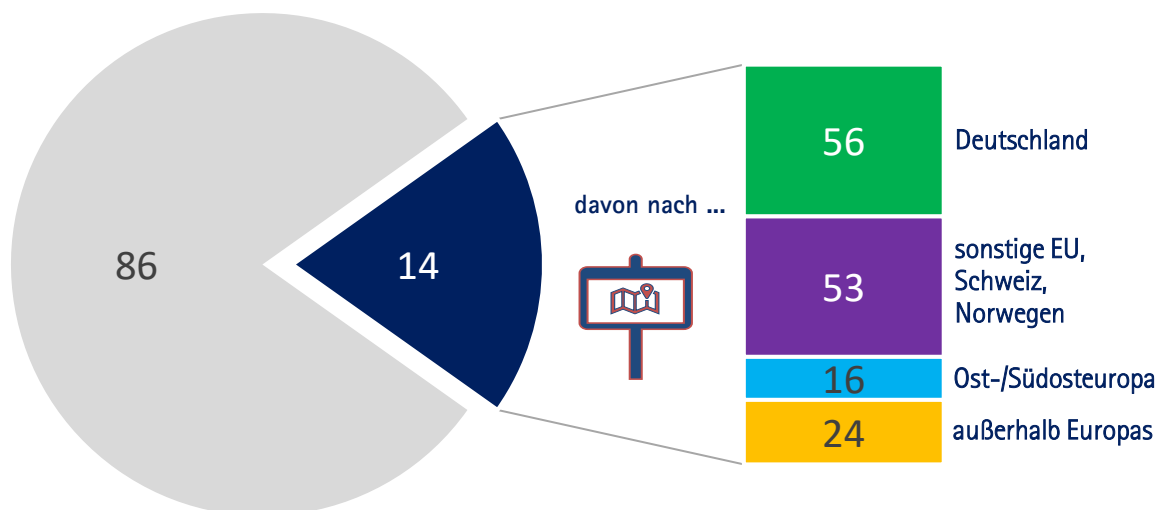
Überwiegend negativ bewerten die deutschen Unternehmen auch die Perspektive mit Blick auf ihre Geschäfte im Vereinigten Königreich in diesem Jahr. 33 Prozent sehen in den kommenden Monaten eine weitere Verschlechterung ihrer Geschäftsbeziehungen, nur zwölf Prozent rechnen mit einer Verbesserung. Auch im Vergleich mit anderen EU-Staaten ohne Euro (21 Prozent besser, acht Prozent schlechter) und den Ländern der Eurozone (28 Prozent besser, neun Prozent schlechter) schneiden die Erwartungen an die Geschäftsentwicklung mit dem Vereinigten Königreich schlechter ab. Der Saldo aus „besser“- minus „schlechter“-Bewertungen verharrt mit minus 21 Punkten im negativen Bereich. Allerdings: im Vergleich zu den letzten fünf Jahren ist dies der beste Wert. Hier macht sich zum einen die wirtschaftliche Erholung nach dem Einbruch durch die Coronavirus-Pandemie bemerkbar. Zum anderen herrscht aufgrund des Handels- und Kooperationsabkommens – trotz zahlreicher Handelshemmnisse – insgesamt weniger Unsicherheit für deutsche Unternehmen im Handel mit dem UK als es in der Übergangsphase und vor Abschluss des Abkommens der Fall war. Gleichwohl besteht aufgrund von Drohungen der britischen Regierung zum Nordirlandprotokoll weiterhin die Gefahr eines Wegfalls des EU-UK Handelsabkommens.

Verlagerung von Investitionen geplant

Die deutsche Wirtschaft hat über 160 Milliarden Euro im Vereinigten Königreich investiert. Das Land ist damit nach den USA der wertmäßig zweitgrößte Investitionsstandort deutscher Unternehmen weltweit. In rund 2.200 deutschen Niederlassungen auf der britischen Insel sind über 400.000 Mitarbeiter beschäftigt.

Verlagerung von UK-Investitionen auf andere Märkte

Unternehmensanteil in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Leicht gesunken im Vergleich zur Vorumfrage ist die geplante Verlagerung von Investitionen vom Vereinigten Königreich auf andere Märkte (14 nach zuvor 15 Prozent). Der Austritt des UK aus dem EU-Binnenmarkt führt trotz Handelsabkommen zu höheren Kosten und Mehraufwand für deutsche Niederlassungen auf der

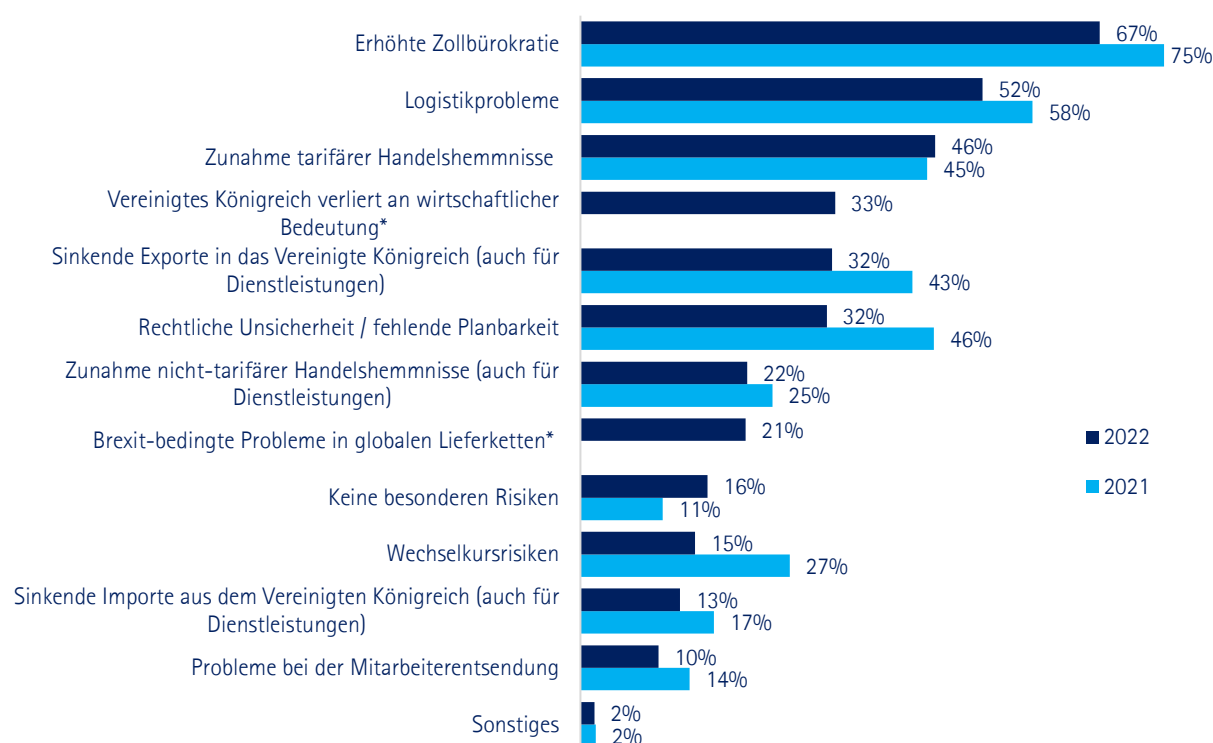
britischen Halbinsel – etwa aufgrund von unterschiedlichen Standards und Regulierungen. Dies könnte Unternehmen zu Investitionsverlagerungen veranlassen. Unverändert zu den Vorumfragen verlagern die Unternehmen ihre Investitionen vornehmlich nach Deutschland oder in andere EU-Länder bzw. Schweiz und Norwegen. Der Großteil der Unternehmen mit Investitionsverlagerungen entscheidet sich damit für den Verbleib im EU-Binnenmarkt.

Auswirkungen des Brexits auf die Unternehmen

Zwei Drittel der Unternehmen geben an, von erhöhter Zollbürokratie betroffen zu sein (67 Prozent), wenn gleich weniger als im letzten Jahr (2021: 75 Prozent). Notwendige Zollanmeldungen, die bei Versendung von Waren über die Grenze erfolgen müssen, sind oftmals zeitaufwendig und mit zusätzlichen Kosten verbunden. 2021 hatte es noch reduzierte Zollkontrollen auf britischer Seite gegeben. Seit dem 1. Januar 2022 setzen auch die britischen Behörden umfassende Kontrolle um. Die Hälfte der Unternehmen hat zudem aktuell Probleme in der Logistik und berichtet etwa von langen Wartezeiten an der Grenze. 21 Prozent der Unternehmen berichten in diesem Zusammenhang von Brexit-bedingten Problemen in der globalen Lieferkette.

Brexit-Auswirkungen auf die Unternehmen im Geschäft mit dem Vereinigten Königreich

in Prozent, Mehrfachantworten möglich, *erstmalig 2022 gefragt



Ein Drittel der Unternehmen sieht rechtliche Unsicherheiten oder eine fehlende Planbarkeit im Geschäft mit UK. So besteht beispielsweise Unsicherheit über den Fortbestand des Nordirlandprotokolls – einem Hauptbestandteil des EU-UK-Austrittsabkommens – und damit auch über den Fortbestand des gesamten Handels- und Kooperationsabkommens. Dennoch ist der Anteil der Unternehmen, die rechtliche Unsicherheiten oder eine fehlende Planbarkeit wahrnehmen, im Vergleich zur Vorumfrage gesunken.

Etwas mehr Unternehmen als im Vorjahr nehmen eine Zunahme tarifärer Handelshemmnisse wahr (46 nach zuvor 45 Prozent). Da das Vereinigte Königreich nicht mehr Teil der vielen EU-Handelsabkommen ist – und

auch aus der Pan-Europa-Mittelmeer-Zone (PEM) ausgetreten ist, die den Handel zwischen der EU, europäischen Nachbarstaaten und Mittelmeerrändern im Bereich der Ursprungsregeln vereinfacht – können neue oder höhere Zölle auf Waren aus Drittländern für Unternehmen in Großbritannien und in den Lieferketten mit UK-Vorprodukten anfallen.

Mehr als ein Fünftel der Unternehmen bemerkt eine Zunahme von nicht-tarifären Handelshemmnissen. Dazu gehören zum Beispiel neue Zertifizierungsvorgaben wie die neue britische Produktkennzeichnung UKCA, die das europäische CE-Zeichen ersetzt. Dies wird von einigen Unternehmen in den Freitextantworten als Herausforderung genannt.

Nur noch 32 Prozent (nach zuvor 43 Prozent) der Befragten geben rückläufige Exporte in das Vereinigte Königreich sowie 13 Prozent sinkende Importe nach Deutschland an. Ein Drittel der Unternehmen sagt aus, dass das UK an wirtschaftlicher Bedeutung verlieren wird. Das deutsch-britische Handelsvolumen ist bereits seit 2017 rückläufig.

Das Wechselkursrisiko hat im Vergleich zur Vorjahresumfrage weiter an Bedeutung verloren (15 Prozent nach zuvor 27 Prozent). 10 Prozent sehen in der Mitarbeiterentsendung ein Risiko, da Geschäftsreisen und Arbeitseinsätze im Vereinigten Königreich – etwa bei der Lieferung und Reparatur von Maschinen – nun unter Umständen visumpflichtig sein können. 16 Prozent der Unternehmen erwarten keine besonderen Risiken.

Fragebogen

Wie beurteilen Sie die aktuelle Geschäftssituation im Vereinigten Königreich?

- Gut
- Befriedigend
- Schlecht
- In der Region nicht aktiv

Wie beurteilen Sie die Geschäftsperspektive in diesem Jahr im Vereinigten Königreich?

- Besser
- Gleichbleibend
- Schlechter
- In der Region nicht aktiv

Welche Auswirkungen hat der Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem EU-Binnenmarkt und der EU-Zollunion für Sie? (Mehrfachantworten möglich)

- Zunahme tarifärer Handelshemmnisse (z.B. Zölle)
- Zunahme nicht-tarifärer Handelshemmnisse (auch für Dienstleistungen)
- Rechtliche Unsicherheit/unklare Rechtslage
- Wechselkursrisiken
- Erhöhte Zollbürokratie
- Sinkende Exporte in das Vereinigte Königreich
- Sinkende Importe aus dem Vereinigte Königreich
- Logistikprobleme
- Probleme bei der Mitarbeiterentsendung
- Brexit-bedingte Probleme in globalen Lieferketten (Ursprungsregeln, rechtliche Vorgaben, Wegfall von Lieferanten)
- Vereinigtes Königreich verliert an wirtschaftlicher Attraktivität
- Keine besonderen Risiken
- Sonstiges (Freitext):

Planen Sie aufgrund des britischen EU-Austritts eine Verlagerung ihrer Investitionsausgaben auf andere Märkte? (Wenn Ja, Mehrfachnennung möglich)

- Nein
- Ja, nach Deutschland
- Ja, in die sonstige EU, Schweiz, Norwegen
- Ja, nach Ost-/Südosteuropa (ohne EU)
- Ja, außerhalb Europas

Die bundesweite Umfrage „Going International 2022“ des DIHK ist mit Unterstützung von 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland erstellt worden. An der Befragung im Februar 2022 haben sich knapp 2.700 auslandsaktive Unternehmen mit Sitz in Deutschland beteiligt. Die Ergebnisse der vorliegenden Sonderauswertung zum Brexit basieren auf den Antworten von rund 1.500 Unternehmen, die mit Vereinigtem Königreich geschäftlich in Verbindung stehen.

Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich betrug im Jahr 2021 97,4 Milliarden Euro. Etwa 600.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Handel mit der britischen Insel ab. Deutsche Unternehmen haben bis heute Investitionen im Wert von 160 Milliarden Euro aufgebaut. Es gibt circa 2.200 Niederlassungen deutscher Firmen, die über 400.000 Mitarbeiter beschäftigen. Britische Unternehmen haben in Deutschland rund 1.500 Niederlassungen und beschäftigen circa 260.000 Mitarbeiter².

Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Carolin Herweg, Klemens Kober, Melanie Vogelbach

Grafik

Lola Machleid, Sebastian Titze

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Stand

Mai 2022

² Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank